

BEVÖLKERUNGSRAT Die Stiftung für direkte Demokratie informierte in Basel über ein neues Pilotprojekt

«Demokratie ist kein Marmorschädel»

Erstmals soll in Basel-Stadt versuchsweise ein Bevölkerungsrat eingeführt werden. Auch die Landgemeinden sollen aktiv ins Pilotprojekt einbezogen werden.

NATHALIE REICHEL

«Mir geht es ähnlich wie wahrscheinlich den meisten hier: Ich habe eine grobe Vorstellung davon, worum es hier geht», meinte Moderator Benedikt Meyer zu Beginn des sehr gut besuchten Infoanlasses am vergangenen Freitag im Restaurant Safran Zunft in Basel. Grob gesagt ging es an jenem Tag um Demokratie. Und darum, wie diese weiterentwickelt werden könnte – mit einem sogenannten Bevölkerungsrat. Eingeladen hatte dementsprechend das Projektteam des Pilotprojekts Bevölkerungsrat Basel.

Demokratie hat ihren Ursprung bekanntlich in Griechenland – «bei den Marmorschädeln», wie es Meyer mit Absicht etwas salopp auf den Punkt brachte. Doch die Demokratie habe sich über die Jahrhunderte weiterentwickelt, auch hier in der Schweiz. «Niemand würde heute gern mit den Spielregeln von 1848 spielen.» Vieles sei in den vergangenen Jahrzehnten geändert worden, man habe Abstimmungen mit Stichfrage eingeführt, diverse Fristen festgelegt und das Frauenstimmrecht eingeführt. «Demokratie ist also kein Marmorschädel», kam der Moderator zum Schluss. Vielmehr sei sie formbar, «massierbar». Und genau darum gehe es heute: um eine Massage, um ein mögliches Update für die Demokratie.

Gelingen könnte diese Weiterentwicklung, wenn es nach den Organisatoren geht, mit einem Bevölkerungsrat – einem Rat mit 50 oder 100 Personen, die zufällig ausgelost werden und die Bevölkerungsstruktur ganz genau abbilden sollen. Und zwar nicht nur was den Wohnort, sondern auch was das Alter, das Geschlecht oder auch etwa den Bildungsstatus anbelangt. Ein kurzer «Demokratie-Check» zeigte näm-



Claire Schärer (vorne links) begrüsst die zahlreichen Besuchenden zum Anlass über den Bevölkerungsrat.

lich, dass sich die Zusammensetzung des Grossen Rats, der ja das Volk vertritt, nicht mit der Struktur der Bevölkerung deckt. Zwar wird die Grösse der drei Gemeinden des Kantons berücksichtigt – für Basel sitzen analog zur Einwohnerzahl 88 Grossräte, für Riehen elf und für Bettingen ein Grossrat im Parlament. Und annähernd ähnlich ist per Zufall auch die Verteilung der Geschlechter: Der Frauenanteil beträgt im Grossen Rat zurzeit 44 Prozent, während er in der Bevölkerung bei 51 Prozent liegt.

«Luft nach oben»

Betrachtet man aber die Mitglieder im Alter zwischen 40 und 60 Jahren, zeigt sich ein ganz anderes Bild: Im Grossen Rat liegt dieser Anteil bei 61 Prozent, in der Bevölkerung bei lediglich 33 Prozent. Und auch in der Kategorie der unter 25-Jährigen ist der Unterschied beachtlich. 23 Prozent der Bevölkerung gehören zu dieser Altersgruppe, im Grossen Rat sind es nur zwei Prozent. Und laut Daniel Graf von der Stiftung für direkte Demokratie gibt es noch eine weitere Problematik: Von den 210'000 im Kanton Basel-

Stadt lebenden Einwohnerinnen und Einwohnern sind 49,7 Prozent und damit weniger als die Hälfte stimmberechtigt. Die restliche Bevölkerung besitzt entweder keinen Schweizer Pass oder ist noch minderjährig. «Die Basler Demokratie hat also noch Luft nach oben», so Graf.

Ein potenzieller Bevölkerungsrat, der in den kommenden Jahren zunächst einmal pilotweise getestet werden soll, würde sich mit verschiedenen Themen auseinandersetzen und Handlungsempfehlungen aussprechen. Der Bevölkerungsrat solle keine Konkurrenz zu den bestehenden Strukturen sein, sondern eine «Verstärkung und Abrundung des Vorhandenen», ordnete Andreas Glaser vom Zentrum für Demokratie Aarau ein.

Dass dieses Konzept durchaus funktionieren könnte, bewiesen zwei junge Mitglieder des Zukunftsrats U24, für den 80 Personen aus der ganzen Schweiz zufällig zur Teilnahme ausgelost wurden. So ist es auch beim Bevölkerungsrat in Basel angedacht – gezwungen wird aber natürlich niemand. Aus dem Einwohnerregister



Moderator Benedikt Meyer kommt zum Schluss, dass Demokratie nicht starr wie Marmor, sondern formbar ist.

Fotos: Nathalie Reichel

soll zufällig eine Anzahl Personen gezogen und angeschrieben werden – wer sich zur Teilnahme bereit erklärt, kommt in die engere Auswahl. Die finalen Mitglieder entsprechen idealerweise möglichst genau der Bevölkerungsstruktur von Basel-Stadt.

Ein halber Bettinger?

Das bedeutet auch, dass bei der Auslosung der Räte von Riehen und Bettingen die Einwohnerzahl, das Alter, das Geschlecht und weitere Eigenschaften der Bevölkerung berücksichtigt werden. Allerdings könnte es bei einer Grösse von 50 Teilnehmenden mit der kleineren der beiden Landgemeinden zu Schwierigkeiten kommen; gerade einmal ein halber Bettinger könnte dann nämlich Einsitz nehmen. Und auch für Riehen würde sich bei einem 50-köpfigen Bevölkerungsrat eine Dezimalzahl ergeben – im 100-köpfigen Grossen Rat gibt es zurzeit elf Riehener Sitze, bei 50 Mitgliedern kämen also fünfeinhalb aus Riehen ...

Die Klärung genau solcher Fragen ist nun Teil des weiteren Prozesses. Claire Schärer, Leiterin des Pilotprojekts Bevölkerungsrat Basel, findet es

jedenfalls essenziell, dass auch Riehener und Bettinger im Bevölkerungsrat vertreten sind: «Wenn es um die subjektive Wahrnehmung im Kanton geht, geraten Riehen und Bettingen oft in Vergessenheit», erklärt sie. «Gerade deshalb ist es wichtig, dass auch ihre Perspektiven im Bevölkerungsrat vertreten sind und in die Beratungen einfließen können.»

Bis Ende Jahr soll sich nun ein breit abgestütztes Team finden lassen, das besagtes Pilotprojekt weiterführt. Zu diesem Zweck wollen die Initiantinnen und Initianten in Form von Infoanlässen auf verschiedene Akteure zugehen – auch auf die Landgemeinden. «Uns ist es wichtig, die Gemeinden Riehen und Bettingen aktiv einzubeziehen, da sie ebenso von kantonalen Entscheidungen betroffen sind», betont Schärer. Und auch hier gibt es noch Luft nach oben: Am Infoanlass kamen fünf Prozent der Besuchenden aus den beiden Landgemeinden. Das bildet die Realität noch lange nicht ab: Der Riehener und Bettinger Anteil macht nämlich knapp zwölf Prozent der kantonalen Gesamtbevölkerung aus.

Swisslos-Gelder für Tanz und Musik

rz. Der Regierungsrat Basel-Stadt hat im Juni für verschiedene Projekte Swisslos-Fonds-Mittel in der Höhe von insgesamt 349'200 Franken bewilligt. Ein Betrag von 68'000 Franken sowie eine Defizitgarantie von 10'000 Franken gehen an den Verein Komitee Offizielle Basler Bundesfeier auf dem Bruderholz für die offizielle Bundesfeier, die am 1. August auf dem Bruderholz stattfinden wird. Als Festrednerin auf dem Bruderholz wird Grossratspräsidentin Gianna Hablützel-Bürki auftreten.

Einen Beitrag von 50'000 Franken erhält die Stiftung Heks, Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz, für Nothilfe-Massnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung von Ebola in der Demokratischen Republik Kongo. Und weitere 40'000 Franken vergibt der Regierungsrat an den Verein Gesellschaft für verbundene Imaginationen für die Ausstellung «Portrait Klybeck – Stetig im Wandel», die im Februar/März 2027 im «kHaus» stattfinden wird, wie aus einer Medienmitteilung vom 9. Juni hervorgeht.

Unter den insgesamt 16 Projekten, die ausserdem noch Zuschüsse aus dem Swisslos-Fonds des Kantons Basel-Stadt erhalten, befinden sich auch zwei mit Bezug zu Riehen und zu Bettingen. Für das Projekt «Pinocchio – The Dance Show», das am 8. November 2026 im Musical Theater Basel zur Aufführung gebracht wird, erhält Anne Lassoudry mit ihrem Riehen Dance Center an der Bahnhofstrasse einen Beitrag von 10'000 Franken. Und für das Konzert «Flötenserenade zur Sonnenwende», das am 21. Juni 2026 in der Kirche St. Chrischona in Bettingen zur Ausführung gelangt, erhält der Verein Riehener Serenaden einen Beitrag von 3000 Franken.

TAGESSTRUKTUR EVP Riehen fordert Entlastung

«Nicht komplett infrage stellen»

rz. Die jüngsten Erhöhungen der Tagesstruktur-Beiträge belasteten Familien aus dem Mittelstand massiv, so eine Medienmitteilung der EVP Riehen vom Dienstag. Die vom Gemeinderat beschlossene pauschale Erhöhung der Elternbeiträge auf das neue Schuljahr setze den Mittelstand unter erheblichen finanziellen Druck. Mit einem Anzug im Einwohnerrat will die EVP die Kaufkraft dieser tragenden Bevölkerungsschicht «gezielt schützen und sozialverträglich abfedern».

Viele Familien gerieten durch die steigenden Betreuungskosten in finanzielle Bedrängnis. Betroffen seien genau jene Haushalte, die das System massgeblich finanzierten, aber kaum mehr von einkommensabhängigen Vergünstigungen oder Sozialtransfers profitierten. In Riehen betreffe dies insbesondere Familien ab einem durchschnittlichen Bruttojahreseinkommen von 98'000 Franken, da hier die Anspruchsberechtigung für Prämienverbilligungen ende. Das bedeute, dass Familien mit einem Einkommen zwischen 98'000 und 151'000 Franken komplett durch das soziale Netz fielen. Sie bezahlten alle den vollen, pauschalen Tarif – unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Schwächung der Kaufkraft

Laut den aktuellen Definitionen des Bundesamts für Statistik bewege sich eine Familie mit einem Bruttoeinkommen von bis zu 151'000 Franken pro Jahr in der unteren bis mittleren Einkommensmitte, heisst es weiter im Communiqué. Da die Belastung durch obligatorische Ausgaben in dieser Mitte der Gesellschaft ohnehin als besonders drückend empfunden

werde, führe eine ungedämpfte Erhöhung der Tagesstruktur-Beiträge zu einer spürbaren Schwächung der Kaufkraft.

Der eingereichte Vorstoss von EVP-Einwohnerrat Walter Meili fordere bewusst keine neue, komplizierte Abstufung oder fundamentale Änderung der bestehenden Beitragstarife, da eine kantonale Tarifierung auf Gemeindeebene rechtlich und administrativ gar nicht umsetzbar wäre. Stattdessen werde ein direktes, schlankes Subventions- und Entlastungsmodell vorgeschlagen, nämlich eine pauschale Vergünstigung von einem Franken pro Betreuungsstunde für den betroffenen Mittelstand. Die Reduktion lasse sich als direkte Gutschrift unkompliziert über die Abrechnungseinheiten der Tagesstrukturen abwickeln.

Für den Mittelstand

Durch den Zielkorridor für Haushalte zwischen der lokalen Verbilligungsgrenze von rund 98'000 Franken und der Deckelung bei einem Bruttojahreseinkommen von 151'000 Franken werde sichergestellt, dass die Entlastung punktgenau dort ankomme, wo Familien heute komplett durch das Netz fielen. Einkommensstarke Haushalte bezahlten weiterhin den vollen Tarif. «Wir wollen das System der Tagesstruktur-Beiträge nicht komplett infrage stellen», lässt sich Einwohnerrat Walter Meili in der Medienmitteilung zitieren. «Aber wir müssen jetzt ein klares Zeichen gegen die Erosion der Kaufkraft unserer Mittelstandsfamilien setzen. Unser Kompromissvorschlag greift die Erhöhungen des Gemeinderats zwar auf, federt sie aber genau dort ab, wo der Mittelstand am härtesten getroffen wird.»

NATUR Umgestaltung im Landschaftspark Wiese

Der Otterbach wird revitalisiert

rz. Der Basler Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat 2,4 Millionen Franken für die Umlegung und Revitalisierung des Otterbachs im Landschaftspark Wiese. Der letzte Abschnitt des Otterbachs soll in einem offenen, naturnahen Bachbett entlang der Freiburgerstrasse durch die Langen Erlen fliessen. Das unterirdische Rohr des heute zwischen Freiburger- und Hochbergerstrasse eingedolten Bachabschnitts dient künftig als Entlastungsstollen bei Hochwassergefahr. Das Projekt schaffe wertvollen Lebensraum für Tiere und Pflanzen und werte den Landschaftspark Wiese als Naherholungsgebiet auf, heisst es in einer Medienmitteilung von dieser Woche.

Der Otterbach fliesst heute auf der Höhe des Eisernen Stegs aus der Wiese und danach im offenen Bachbett entlang der Landesgrenze durch die Langen Erlen bis zur Freiburgerstrasse. Nach der Freiburgerstrasse verläuft der Bach unterirdisch und mündet an der Hochbergerstrasse wieder in die Wiese. Neu soll der Otterbach entlang der Freiburgerstrasse oberirdisch verlaufen und bereits unterhalb des Freiburgerstegs in die Wiese münden. Auf der neuen Strecke wird der Bach mehrere bestehende Wege und eine Brücke der Deutschen Bahn unterqueren. Fische sollen ohne Hindernisse gut durch den Bach hindurchschwimmen können. Der Bach wird dem Nachwuchs von Fischen wie der geschützten Nase Sicherheit bieten. Auch kleine Fische wie der gefährdete Schneider oder das geschützte Bachneunauge sollen sich hier ansiedeln können. An den flachen Uferböschungen werden Gräser, Blumen und kleinen Sträucher wachsen. Im und am Bach werden zwischen Stei-

nen, Wurzeln und im Kies viele Verstecke für Fische, Insekten und andere Kleinlebewesen entstehen. Für die Besucherinnen und Besucher des Landschaftsparks Wiese sind am Bach neue Sitzgelegenheiten bei einer bestehenden Grillstelle vorgesehen.

Das unterirdische Rohr des heute zwischen Freiburger- und Hochbergerstrasse eingedolten Otterbachs wird verkleinert und zum Hochwasserentlastungskanal umfunktioniert. Der Entlastungskanal verhindert, dass der Otterbach bei Hochwasser über die Ufer tritt und die Trinkwassergewinnung in den Langen Erlen gefährdet. Die Langen Erlen liegen in der Grundwasserschutzzone. Hier produzieren IWB das Trinkwasser für die Stadt Basel sowie das südliche Markgräflerland. Damit das Basler Trinkwasser nicht durch das Wasser aus dem Otterbach verunreinigt wird, wird der Kanton das neue Bachbett des Otterbachs abdichten.

Bauarbeiten in Etappen

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat 2,4 Millionen Franken für die Umlegung und Revitalisierung des Otterbachs sowie den jährlichen Unterhalt der neu offen geführten Strecke des Baches und geht davon aus, dass der Bund die Revitalisierung mit rund 0,83 Millionen Franken unterstützen wird. Die vom Bund noch zu sprechenden Gelder werden dem Projekt nachträglich gutgeschrieben. Den Beschluss des Grossen Rats vorausgesetzt, wird der Kanton das neue Bachbett des Otterbachs in mehreren Etappen frühestens ab Herbst 2027 bauen. Die Bauarbeiten müssen unter anderem mit dem Bau der neuen Brücke der Deutschen Bahn und dem Bau des Gateway Basel Nord abgestimmt werden.